

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-G. mindestens 25 241
Telefonnummer: 20 011.



Schreiber und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
zu Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postcheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei möglichster Auftragung in Dresden oder durch die Post monatlich 1000,-. Einzelnummer 400,-. Sonderausgabe 400,-. Unzeichen-Preise. Die 100 Seiten 30 mm breite Zeile 400,-, außerhalb Sachsen 400,-. Familienanzeigen und Stellengesuche unter 100,-. Nachdruck nur mit beschränkter Quellenangabe („Dresdner Rundschau“) erlaubt. - Auslandsgeschenke werden nicht aufbewahrt.

Dresden Privat-Bank
Fernspr. 22205, e. G. m. b. H. Fernspr. 22205,
22306, 22806 Dresden-A., Grunaer Straße 22306, 22806
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte
Kapital und Haftsumme 150 Millionen Mark

Kopfschmerzen
sind nicht selten die Folge überanstrengter Augen.
Fragen Sie Ihren Arzt und lassen Sie Ihre Gläser-
nummer ändern. Wir halten
jede Art am Lager
Opfiker Gebrüder Roettig
Dresden-A., Prager Straße 23

**Alte wertvolle Bücher
und Bibliotheken kaufen**
v. Zahn & Jaensch, Waisenhausstr. 10
Fernruf 21140

26 Prager Straße Elegantes Reisegepäck

Adolf Mäser

Feinste Lederwaren Prager Straße 26

Erdrosselung der Wirtschaft im Ruhrgebiet.

Neue erpresserische Blockadeverordnung Degouttes. — Die Bevölkerung wird systematisch ausgehungert. — Der Oberbürgermeister von Recklinghausen als tapferer Vorkämpfer der Wahrheit. — Nochmals der Reichsbund zum Garantieangebot. — Weitere Steigerung der Verkehrssanierung in Sicht.

Ein Schlag gegen die Grubenbesitzer.
(Eigner Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 16. Juni. Eine Verfügung des Generals Degoutte verhängt mit sofortiger Wirkung die Blockade für Rohprodukte, Halbfabrikate und chemische Erzeugnisse über diejenigen Firmen und Gesellschaften, die im besagten Gebiete Kohlengruben haben und mit der Bezahlung der Kohlensteuern im Rückstand sind. Die bezeichneten Produkte dürfen die Fabrik nur mit einem besonderen Erlaubnischein der Interalliierten Industrie-Kontrollkommission verlassen.

Zweckvolle Ausnahrung.
(Eigner Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Herne i. W., 16. Juni. Die Stadt Herne ist nunmehr vollständig von jedem Bahnhof abgeschnitten. Auf Unterhaltung von deutscher Seite, daß dadurch die Lebensmittelversorgung der Stadt vollständig unterbunden wird, erklärte der französische Oberbefehlshaber ausdrücklich: Das wollen wir doch! Die Bevölkerung soll sich an die Franzosen wenden, die bereit sind, ihrerseits sie mit reichlichen Lebensmitteln zu versorgen. Die Franzosen wollen nach den Personenverkehr in eigene Regie nehmen.

Bombenalarm auf einen Franzosenzug.
(Eigner Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Frankfurt a. M., 16. Juni. Donnerstag abend ist bei Budenheim a. Rh. auf den Zug Paris-Wiesbaden, der um 15 Uhr Bingerbrück in der Richtung Mainz verläßt, ein Bomberattentat verübt worden. Die Bombe explodierte unter dem dritten Wagen. Ein Soldat soll tot sein. Eine Reihe von Fahrgästen erlitt mehr oder weniger schwere Verwundungen. Ein Missfahrender hatte zwei Weinbrüche, ein anderer einen Nervenzusatz. Die Verwundeten wurden in Budenheim untergebracht. Der Zug setzte nach 8-stündigem Verzug seine Fahrt wieder fort. Die Attentate und auch die übrigen Unfälle der französischen Eisenbahnen im besagten Gebiete nehmen jetzt so sehr den Charakter der Regelmaßigkeit an, daß abgesehen von der rechtlichen und moralischen Unzulänglichkeit, sehr viel Leidhafte daran gehörte, diesen Franzosenzügen das Leben anzuvertrauen.

Das grauenvolle Martyrium eines Bochumer Bürgers.

Torquid, 16. Juni. Von zuständiger Stelle wird folgendes bekanntgegeben: Der Schloßer Kreys gibt nachstehendes Protokoll: „Am Sonntag, den 10. 6., kam ich gegen 9 Uhr abends von auswärts auf dem hiesigen Bahnhofe an. Da ich auf dem Bahnhofe hörte, daß im Laufe des Sonntagsnachmittags der Belagerungsstand über Düsseldorf und verbangt worden war, brach ich mich auf dem kürzesten Wege nach Hause. Unterwegs schloßt sich mir noch mehrere andere Personen an. Wir gingen durch die Katharinenstraße, Johanna- und Luisenstraße. An der Ecke Beurhausstraße angekommen, wurden wir von etwa 15 französischen Soldaten festgehalten. Nach Ausweisen wurde nicht gefragt. Einige bei uns befindliche weibliche Personen wurden nach Hause geschickt. Wir übriggebliebenen sechs männlichen Personen mußten uns zu zweien aufstellen und wurden durch die Beurhausstraße in der Richtung Hohenstraße abgeführt. Wir wurden von zwei französischen Soldaten, die eine Pistole in der Hand hielten, begleitet. Eine stärkere Abteilung zu zwei bis drei Gruppen folgte mit kurzem Abstand hinterher. An der Ecke Beurhaus-Hohenstraße angekommen, gab einer der beiden uns begleitenden Soldaten mehrere Schüsse auf uns ab. Wir stoben auseinander; ich wurde jedoch von einem der ersten Schüsse am Gesäß verletzt und fiel darauf zu Boden. Dort erholt ich den zweiten Schuß und zwang einen Arm- und Bauchschuß. Als ich nun auf der Erde lag, kam der französische Soldat zu mir, kniete auf meinem Körper, ließ die Pistole an meinen Kopf und drückte ab. Dies war der dritte Schuß. Die Kugel drang in meine rechte Wade ein und kam in der Nähe des linken Auges wieder heraus. Derselbe Soldat drückte dann seinen Revolver noch mehrere Male auf mich ab, jedoch verlängte die Waffe. Alsdann ließ der Soldat von mir ab und entfernte sich in der Richtung Gräfenholz. Ich habe dann etwa eine Dreiviertelstunde vor der Wirtschaft Holzmarkt auf dem Bürgersteig gelegen und wurde dann weiter nicht mehr belästigt. Kurz vor Mitternacht wurde ich dann durch ein Krankenauto in das städtische Krankenhaus gebracht und dagebürtig verbunden. Ich verlor hiermit ausdrücklich, daß ich die reine Wahrheit gesagt habe und daß ich jederzeit bereit bin, vorstehende Angaben ehrlich zu erhalten.“

„Die grohe liberale Einheitspartei.“

Als Heinrich Mittelt von der weiblich-freisinnigen und Eugen Richter von der männlich-freisinnigen Linie noch auf Gedächtnis und Wissenswertes das Reptier im National-liberalismus führte, wurde gelegentlich immer einmal im parteipolitischen Orchester die Melodie von der „großen liberalen Einheitspartei“ gespielt. Man verscherte sich gegenwärtig, wie wünschenswert ein solcher Zusammenschluß aller liberalen Kräfte sei, hielt Konferenzen ab, erörterte das Thema gründlich in der Presse, um am Ende alles beim alten zu lassen, weil es sich als unmöglich erwies, alle die widerstreitenden Elemente vom rechten nationalliberalen bis zum linken freisinnigen Flügel unter einen Hut zu bringen. An diese „gute alte Zeit“, die trotz aller parteipolitischen Streitigkeiten und Gegensätze doch im ganzen genug Gemeinsamkeit besaß, um die beiden armen Errungenschaften der bürgerlichen Sammelpolitik Johannes v. Miquels und des konservativ-liberalen Blocks des Fürsten Bülow auf ihrer Habenseite buchen zu können, wird man erinnert, wenn jetzt die demokratische Freiheit in zahlreichen Betrachtungen darüber sich ergeht, ob es nicht ein Gebot der Stunde sei, die Demokratische Partei mit der Deutschen Volkspartei zu verschmelzen und auf solchen Wege der „großen liberalen Einheitspartei“ zu unvermeidlicher Stunde lebendigen Odem einzuhauen. Am gründlichsten und eingehendsten hat der demokratische Professor Dr. Axt in der „Post. Sta.“ die Sothe behandelt. Er zerplastert die trennenden Momente genau im einzelnen und findet, daß bei näherer Betrachtung unter der Lupe weder wirtschaftlich, noch politisch oder gesellschaftlich ein Grund zu gesondertem Marzipani vorhanden sei. Allerdings mit einem Stück ins Pitane in, was er über die gesellschaftlichen und politischen Unterschiede sagt. Er meint, die Deutsche Volkspartei sei mehr das Vorado der „Heimat“ Kommerzienräte, während die Demokratische Partei die Zufluchtstätte der „elusiven“ Kommerzienräte bilde; aber deswegen könne man sich doch ruhig auf dieselben parteipolitischen Stühle setzen. Und in politischer Hinsicht stellt er mit Befriedigung fest, daß die Volkspartei sich genügend dem republikanischen Gedanken genähert habe, um auch hier der demokratischen Ansicht keinen Stein des Anstoßes mehr zu bieten. Das könnte um so weniger der Fall sein, als die Volkspartei sich bei ihrer Siedlungnahme zur Monarchie weigertlich vonwahlrechtlichen Mästchen habe teilen lassen. Man kann nur sehr erstaunt sein, daß der demokratische Professor gar nicht zu merken scheint, wie sehr er bei den Volksparteien ins Feindäische treten müßt, wenn er ihnen eine derartige naive Gründungslosigkeit in einer so hochmütigen Prinzipienfrage zutraut, ja, sie gewissermaßen als selbstverständliche Unterstreichung.

Die tiefere Ursache der plötzlich wiedererwachten demokratischen Sehnsucht nach Gründung der „großen liberalen Einheitspartei“ ist weniger in der Vereinfachung für das ideale Ideal zu suchen, als in Erwägungen sehr amüsanter realer Natur, die auf finanzielle und Wahlpolitische Weise liegen. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß der demokratische Organisationsapparat mangels hinreichender Mittel rostig in den Aschenlogern geworden ist und nicht mehr recht funktionieren will. Und auf die wahlpolitische Seite der Frage deutet Professor Axt unverblümmt hin mit dem Worten: „Für diejenigen Demokraten, die trotz alledem einer Auffassung widerstreben, werden wahrscheinlich erst die nächsten Wahlkämpfe Erleuchtung bringen. Hier wird es sich herausstellen, daß sich das Bürgertum den Yuxus zweier getrennter

Die Verlotterung der französischen Soldateska.

Der Oberbürgermeister von Recklinghausen an General Leiguelot.

Ein bewerkstelligter scharfer Protest.

(Druckbericht unserer Zeitung)

Berlin, 16. Juni. Der Oberbürgermeister von Recklinghausen hat an den Kommandeur der französischen 17. Inf. Div., General Leiguelot, zur Zeit Recklinghausen, folgendes schriftliche Protokoll schreiben gelassen:

Erneut nehmen Sie einen Unglücksfall, dem ein französischer Soldat durch eigene Unvorsichtigkeit am Oster gefallen ist, zum Vorwand, in der ungünstigen friedlichen Stadt Recklinghausen blutige Gewalt zu üben. Einen Beweis dafür, daß ein deutscher Angriff vorliegt, vermögen Sie in diesem Falle ebenfalls erbringen, wie in den zahlreichen anderen Fällen, bei denen friedliche deutsche Bürger grundlos von Ihren Soldaten ermordet worden sind. Daß Sie die Stadt die Einsichtnahme in Ihre Unternehmungen verweigern, ist ein klarer Beweis dafür, daß Sie keinen Beweismaterial für einen deutschen Überfall besitzen.

Die Unvorsichtigkeit und Ungefährlichkeit französischer Soldaten im Gebrauch ihres Gewehres ist in Recklinghausen ebenso oft festgestellt worden, wie in anderen deutschen Städten. Ebenfalls haben Augenzeuge in Recklinghausen beobachtet, daß sogar Posten „vor Gewehr“ ihr Gewehr aus Nachlässigkeit fallengelassen haben.

In anderen Städten haben die französischen Generale selbst den Opfern dieser Unvorsichtigkeiten, Kindern, Frauen und Söhnen angeboten. Sehr zahlreich sind die Fälle, wo französische Soldaten sich aus Unvorsichtigkeit gegenfeiglich oder auch selbst verletzt haben. Das steht fest. Nur Sie, Herr Oberbürgermeister, wollen die Deutschen für die Ungefährlichkeit Ihrer Retriuten verantwortlich machen. Bei Ihren Maßnahmen treten Sie wie bisher das Völkerrecht mit Füßen.

Die Haager Konvention Art. 50 verbietet Strafmaßnahmen gegen eine ganze Stadt für die allgemeine Tat eines einzelnen. Dennoch erklären Sie, wegen

Ludendorff für ein Schlageter-Denkmal.

Berlin, 16. Juni. General Ludendorff hat den Offiziersverbänden, dem Nationalverband deutscher Offiziere, dem Deutschen Offiziersbund, dem Marineoffiziersverein und dem Reichsoffiziersbund, eine Anordnung zugehen lassen, in der es heißt:

Im Dienste für das Vaterland, von Volksgenossen verraten, wurde Oberleutnant Schlageter von französischen Dientenstücken am gefechteten Rhein dingekichtet. Er starb würdig seiner Taten im Weltkrieg als Soldat des alten Heeres wie ein Held, wie ein ganzer echter deutscher Mann! Möge mit dem Segen Gottes ein Schlageter-Denkmal errichtet werden als Mahnzeichen, wie tief wir durch Ehre und Wehrlosigkeit gesunken sind.

Dollar (Amtlich): 115 000

An unsere Postbezieher!

Unserer am 5. Juni erfolgten Aufforderung zur Zahlung des Differenz-Bezugspreises in Höhe von 800 Mark für Monat Juni

ist teilweise noch nicht nachgekommen worden. Die Anbetacht der fortschreitenden Geldentwertung müssen wir bitten, uns den Betrag von 800 Mark nunmehr umgehend auf unser Postcheck-Konto Dresden 1008 zu überweisen.